

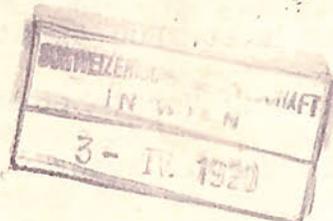
Schweizerisches
Politisches Departement

Abteilung für Auswärtiges

Bern, den 31. März 1920.

B 74/Au 1/3 - G.

Bitte diese Buchstaben
in der Antwort wiederholen.



Herr Minister,

In der Angelegenheit der Misshandlung des Direktors
Z w e i f e l in Neunkirchen beehren wir uns, Ihnen nachste-
hend den Wortlaut unseres heutigen Telegrammes zu bestätigen:
" Bundesrat muss mit Befremden feststellen, dass österrei-
chische Regierung ihre wiederholten bestimmten Versprechungen
in Angelegenheit Direktors Zweifel nicht einlöst halt. Nach
Monatsfrist befinden sich Rädelsführer des schamlosen Atten-
tats stets unbehelligt auf freiem Fuss. Diese Sachlage hält Bun-
desrat für unannehmbar, und trotz eines Widerstrebens, gegenüber
einem Lande, das freundschaftlichste Beziehungen mit der Schweiz
verbinden, Gegermassnahmen anzuwenden, muss er zu seinem gröss-
ten Bedauern Möglichkeit ins Auge fassen, sich von im Gange be-
findlicher finanzieller Hilfsaktion für Oesterreich zurückzuzie-
hen halt. Bereits hatte Bundesrat amerikanischer und englischer
Regierung seine grundsätzliche Bereitwilligkeit ausgesprochen,
mit ihnen und weiteren Staaten an solcher allgemeiner Hilfsaktion
teilzunehmen halt. Vorgängig offizieller Konferenz werden vorläü-
fige diesbezügliche Besprechungen nächste Woche in Paris statt-
finden. Schweizerischer Delegierter Generaldirektör Nationalbank
von Haller wird Auftrag erhalten, auf veränderte Sachlage hinzu-
weisen und andern Regierungsvertretern bedauerliche Umstände
auseinander zu setzen, die Bundesrat zwingen würden, auf ursprüng-
lich zugesagte Mitwirkung an Hilfsaktion zurückzukommen, wenn

An die Schweizerische Gesandtschaft,

W I E N.

nicht in kürzester Frist Hauptschuldige Mordanschläge auf Schweizerbürger Zweifel festgenommen und Strafgerichten überwiesen werden halt. Bundesrat beauftragt Sie, Oesterreichischer Regierung Vorstehendes unverzüglich zu eröffnen. "

Wie Sie daraus ersehen, hält nunmehr der Bundesrat die heutige Sachlage für unannehmbar und ist fest entschlossen, Gegenmassnahmen anzuwenden, wenn die österreichische Regierung bzw. Staatskanzler Renner die gegebenen bestimmten Versprechungen in dieser Angelegenheit nicht einlöst. Diese Gegenmassnahmen würden darin bestehen, dass sich die Schweiz von der bereits im Gange sich befindlichen allgemeinen finanziellen Hilfsaktion für Oesterreich zurückzieht. Die Vorbereitungen und Einzelheiten dieser Hilfsaktion wurden in unseren politischen Berichten Nr. 1 und 2 vom 16. und 22. März d.J. erörtert, auf die wir hier zu verweisen uns gestatten.

Herr Generaldirektor von Haller begibt sich nächste Woche nach Paris. Er hat von uns die Weisung erhalten, sich wohl an den vorbereitenden Besprechungen zu beteiligen, die anderen Regierungsvertreter indessen auf die veränderte Sachlage aufmerksam zu machen und sie von der bestimmten Absicht des Bundesrates in Kenntnis zu setzen, auf die ursprünglich zugesagte Mitwirkung an der Hilfsaktion zu verzichten, wenn uns nicht ohne weiteren Verzug die verlangte Satisfaktion zuteil würde.

Wir hoffen, dass diese Instruktionen an Herrn von Haller, die durchaus keine leeren Drohungen sind, und von denen Sie wohl inzwischen Herrn Renner Kenntnis gaben, auf den Staatskanzler einen Eindruck auszuüben vermögen. Die Aussicht, dass die peinliche Angelegenheit Zweifel und das ganze Verhalten der österreichischen Regierung vor den verschiedenen Regierungsvertretern in Paris erörtert wird, und die Möglichkeit eines Rücktrittes der Schweiz von der geplanten Hilfsaktion, dürfte wie keine andere Massnahme geeignet sein, die österreichische Re-

gierung zu bestimmen, endlich die Schritte zu tun, die ihr ein ehrliches Rechtsbewusstsein und politische Klugheit längst schon vorschrieben.

Wie Sie aus unserer Antwort (Telegramm Nr. 44 vom 27. März d.J.) auf Ihr Telegramm Nr. 49 vom gleichen Tag ersahen, hat sich der Bundesrat grundsätzlich mit dem nachgesuchten Vorschuss von 500 Wagen Getreide für Oesterreich einverstanden erklärt. Der Bundesrat hielt es aber nicht für angezeigt, diese notwendigen Lebensmittelsendungen zum Gegenstand von Repressalien zu machen, zumal sie für die hungernde Bevölkerung von Vorarlberg, Tirol und Salzburg bestimmt sind und sie selbst in Ihrem Telegramm Nr. 49 einen dahingehenden Antrag damit nicht verbunden hatten.

Wir benützen diese Gelegenheit, um Ihnen mitzuteilen, dass der Unterzeichnete am 27. d.M. den Besuch des österreichischen Geschäftsträgers, Herrn von Seidler, und des Ministerialrates von Eckhard (?) vom österreichischen Staatsamt des Innern hatte. Letzterer ist nach Bern gekommen, um mit dem Vorstand der Vereinigung der Schweizerischen Bundesbeamten hinsichtlich einer Hilfsaktion für österreichische Staatsbeamte Fühlung zu nehmen. Es ist beabsichtigt, diese Beamten einerseits mit bestimmten Nahrungsmitteln zu ermässigten Preisen zu versorgen und andererseits eine gewisse Anzahl dieser Beamten (vielleicht 300 - 400) bei schweizerischen Beamten in der Schweiz aufzunehmen. Allem vorgängig möchte man wissen, ob die schweizerische Regierung gegen diese Aktion etwas einzuwenden hätte.

Der Unterzeichnete antwortete Herrn von Eckhard, dass ihm dieses Projekt persönlich sympathisch sei, zumal wir wohl wüssten, in welcher ganz besonders bedrängten Lage sich zur Zeit die österreichischen Beamten befänden. Wir sicherten ihm eine wohlwollende Behandlung der Angelegenheit zu, deuteten aber darauf hin, dass sich noch verschiedene andere Stellen mit dieser Sache zu befassen hätten, und dass wir nicht in der Lage sei-

en, ihm schon irgendwelche bestimmte Zusicherungen zu geben.

Da Herr von Eckhard erklärte, dass er unmittelbar nach seiner Rückkehr nach Wien dem Staatskanzler Renner über das Ergebnis seiner Schweizerreise Vortrag halten müsse, benützten wir den Anlass, um den Fall Zweifel zur Sprache zu bringen und wiesen sehr deutlich darauf hin, dass dieser Fall, wenn er nicht in kürzester Zeit eine befriedigende Lösung finde, der beabsichtigten Hilfsaktion für Oesterreich hindernd in den Weg kommen könnte. Wir setzten Herrn von Eckhard die Stellungnahme des Bundesrates im Falle Zweifel auseinander und erklärten des Bestimmtesten, dass sich der Bundesrat nicht werde befriedigt geben können, wenn nicht die von Staatskanzler Renner gemachten Versprechungen von Taten gefolgt werden, dass man hier peinlich berührt gewesen sei durch die tendenziösen offiziösen Nachrichten über den ganzen Fall, und dass von der österreichischen Regierung nunmehr energisches Eingreifen, insbesondere die Festnahme und Aburteilung der Haupträdelsführer unbedingt erwartet werde. Sollte dies in kürzester Zeit nicht der Fall sein, so müsse der Bundesrat an der derzeitigen Aktion zur Hebung der wirtschaftlichen Lage Oesterreichs eine, um nicht mehr zu sagen, sehr zurückhaltende Haltung einnehmen.

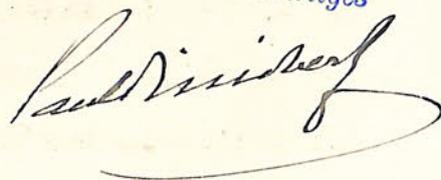
Auf die Frage des Herrn von Eckhard, ob er dies alles dem Staatskanzler Renner mitteilen könne, antworteten wir, dass wir ihm selbstverständlich keine Mission in dieser Beziehung auftragen wollten, dass es ihm aber vollkommen frei stehe, dem Staatskanzler alles von uns Gesagte zu eröffnen. Herr von Eckhard dürfte inzwischen nach Wien zurückgekehrt sein.

Herr von Seidler, der dieser Unterredung beiwohnte, erklärte am Schlusse ganz spontan, er fühle sich berufen, darüber seiner Regierung unverzüglich ausführlich telegraphisch zu berichten. Es entzieht sich unserer Kenntnis, ob der Staatskanz-

ler bereits vor Ihrem Besuch durch den hiesigen Geschäftsträger über unsere Absichten unterrichtet wurde.

Wir sehen mit Interesse Ihren weiteren Berichten entgegen und benützen gerne den Anlass, Sie, Herr Minister, unserer ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

*Der Chef
der Abteilung für Auswärtiges*



P.S. 1. April 1920.

Als dieser Brief bereits geschrieben war, erhielten wir heute Ihren Bericht vom 27. März d.J. Wir wiederholen unsere gestrigen Instruktionen und betonen, dass der Bundesrat unbedingt auf der Forderung der präventiven Festnahme der Hauptträdelsführer in Neunkirchen bestehen muss, ohne auf die Vorwände, Bedenken und Ausflüchte des Staatskanzlers Renner Rücksicht zu nehmen.

Der Bundesrat glaubt nicht, dass die Gegenmassregeln zu spät ergriffen wurden, denn heute wird man uns von keiner Seite mit dem Vorwurf begegnen können, wir hätten durch eine überstürzte Drohung die Zwangslage der österreichischen Regierung ausgenützt und dadurch voreilig die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten gefährdet. Es mag dahingestellt bleiben, ob wir durch sofortige Repressalien rascher ein Resultat erreicht hätten; auf jeden Fall aber hätte man uns dann vorhalten können, zu einem solchen raschen und scharfen Vorgehen habe gar keine Notwendigkeit bestanden. Durch den Gang der Ereignisse steht aber heute die Tatsache fest, dass wir ohne einschneidende Gegenmassregel keine Genugtuung erlangen können.

Dem in Ihrem Schreiben vom 12. März d.J. geäußerten
Wunsche gemäss senden wir Ihnen beigeschlossen das Original des
Berichtes der Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen nebst einer
Kopie wieder zurück.

*Der Chef
der Abteilung für Auswärtiges*



2 Beilagen.